



E-Mail an Staatssekretär Björn Böhning vom 18.12.2025

Lieber Herr Böhning,

vielen Dank für Ihre weitere Gesprächsbereitschaft, auf die ich wegen eines sehr akuten Themas schon heute eingehen möchte.

Sie hatten beim Gespräch mit unserem Vorstand gesagt, dass sie dem Thema Postmehrwertsteuer nachgehen werden. Wir sind Ihnen dafür sehr dankbar, zumal Ihre Zusage sicher auch aus ihrer langjährigen Kenntnis der prekären Situation in der Zeitungszustellung resultiert.

Bei diesem Thema ist nun Gefahr in Verzug. Das Bundeszentralamt für Steuern hat nach unserer Kenntnis auf Weisung des Bundesfinanzministeriums die Erteilung von Bescheiden zur Mehrwertsteuerbefreiung für die Postdienste unserer Mitglieder gestoppt. Damit werden Zeitungsverlage die Postzustellung im Wettbewerb mit der Deutschen Post AG anbieten, massiv benachteiligt. Es liegt auf der Hand, dass bei einem Steuer- und damit Preisvorteil von 19 Prozent schon in kurzer Frist nur noch die Deutsche Post AG als Monopolist im Postmarkt bestehen bleibt, mit allen negativen Auswirkungen für Preise, Verbraucher und die Wirtschaft.

Eine große Zahl von Zeitungen von der Nord- und Ostsee über die Lausitz, Magdeburg und Mainz bis in das Allgäu haben – teils auf ausdrückliche politische Anregung hin – ihre Postzustellstrukturen erhalten und zum Teil ausgebaut, um durch Synergien die flächendeckende Belieferung mit unabhängiger journalistischer Information sicherzustellen.

Nun droht den Briefzustelldiensten der Verlagshäuser aufgrund der Steuerungleichbehandlung mit der Post AG der Zusammenbruch. Diese Wettbewerbsverzerrung bedroht darum nicht nur den Fortbestand privater Zusteller, sondern untergräbt in vielen Gebieten in Deutschland die wirtschaftliche Basis der Pressezustellung insgesamt. Wenn Verlage ihre Netze nicht mehr halten können, werden Zeitungsausgaben eingestellt, ländliche Regionen verlieren ihre tägliche Zeitung, und verlässliche lokale Information bricht weg. Was auf dem Spiel steht, ist die demokratische Grundversorgung mit unabhängiger Berichterstattung – nicht ein Randthema der Wirtschaftspolitik.

Wir wären Ihnen darum sehr dankbar, wenn Sie den Bundesminister der Finanzen möglichst umgehend auf diesen für die Zukunft der Presse existenziellen Aspekt des Themenkomplexes aufmerksam machen und sich dafür einsetzen, dass die seit

Monaten beantragten Bescheide zur Mehrwertsteuerbefreiung unverzüglich erteilt werden.

Eine Nachricht über Ihre Auffassung und Erkenntnisse hierzu würde mich sehr freuen.

Mit den besten Grüßen

Jörg Eggers

Dr. Jörg Eggers

Hauptgeschäftsführer | Vorstandsvorsitzender

Chief Executive Officer

[eggers@bdzv.de](mailto:eggers@bdzv.de) | [www.bdzv.de](http://www.bdzv.de)

Telefon: 030 72 62 98 200

**Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger e.V.**

Markgrafenstraße 15 | 10969 Berlin

[Datenschutzhinweise](#)

Amtsgericht Berlin Charlottenburg

Registernummer Nr. 20504

Der BDZV e.V. ist unter der Registernummer R002036 im Lobbyregister des Deutschen Bundestages eingetragen.